

# Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinleinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnisch, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheinungswöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr  
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1,50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1,50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Erhaltung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelseite 20 Pfg., amliche 50 Pfg., Reklametext (Spez.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Zuschlag. Bei unregelmäßigem Schriftverkehr, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertrauensamt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Coie, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 4

Sonnabend, den 7. Januar 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

### Stadtverordnetenversammlung.

Dienstag, den 10. Januar 1928, abends 7 Uhr.

Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

### Neuwahlen zum Wasseramte.

Mit Ende des Jahres 1927 ist die Amtsdauer der jetzigen Mitglieder des Wasseramtes

Rittergutbesitzer Gabegg auf Connewitz und  
Postmeister a. D. Stolze in Pöschau  
sowie ihrer Stellvertreter

Rittergutbesitzer A. Dencker auf Hausdorf und  
Gutsbesitzer Grundmann in Pöschau

abgelaufen.

Die Amtsdauer der zu wählenden Wasseramtsmitglieder beträgt nach § 158 Abs. 2 und § 163 Abs. 2 des Wasserreg. vom 12. März 1909 in Verbindung mit § 14 Abs. 2 des Gesetzes, die Organisation der Behörden der inneren Verwaltung betr., vom 21. April 1873 in der Fassung des Gesetzes über die Amtsdauer der Kreis- und Bezirksauswahlgewaltigen und die Zusammenfassung der Kreiswahlschiffe vom 13. Juli 1925 (Gef. Bl. S. 199) höchstens 3 Jahre.

Die den Mitgliedern sämtlicher Unterhaltungs-gesellschaften obliegende Auswahl zweier Mitglieder und zweier Stellvertreter auf die folgenden 3 Jahre findet seitens der Mitglieder der Unterhaltungs-gesellschaften an der Freiberger Mulde, der Zwischauer Mulde, der Vereinigen Mulde I. Str. d. der Partei, des Steingrundbaches, des Mühlbäcker Wegs, der Böhlitz und der Genossenschaften für die Verwaltung der Partei in Albrechtshain und Beucha

Montag, den 9. Januar 1928, 10-12 Uhr vormittags  
im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft

Rath.

Die Beteiligten werden darauf hingewiesen, von ihrem Wahlrecht unbedingt Gebrauch zu machen.

Soweit die in Naumburg wohnenden Mitglieder der Partei in Betracht kommen, können Ausweise, die bei der Abstimmung dem Wahlleiter vorzulegen sind.

Montag, den 9. Januar 1928  
früh 8 Uhr

In der Kanzlei des Rathauses hier, Zimmer 8, in Empfang genommen werden.

Naumburg, am 7. Januar 1928.

Der Stadtrat.

## Ernst oder Scherz?

Die gefährliche Feuerwehr. — Französische Phantasien über die Silberkernkraft in der Reichshauptstadt. — „Zorpedierung des Völkerverbundes.“

Wenn man den Deutschen, ob mit Recht oder mit Unrecht, nachsagt, daß sie die öffentlichen Dinge im allgemeinen mit einer zu geringen Dosis Humor behandeln, so besitzen die Franzosen von dieser Gottesgabe vielleicht wieder etwas zuviel des Guten.

Oder soll man wirklich glauben, daß ihnen ganz ernst zumute war, als sie in der immer noch belebten Pfalz ihre Kriegesgerichte aufmarschieren ließen, um der „gefährlichen Feuerwehr“ von Landau und Germersheim den Prozess zu machen, weil sie gelegentlich einer Feier in Bad Dürkheim mit Trommeln und Pfeifen musiziert und unter dem Kommando „Achtung, die Augen links!“ vor dem Branddirektor einen Paradezug exekutiert hat? Die französische Justiz hat eben diesen Kommandanten wirklich zu einer Geldstrafe von hundert Mark verurteilt, und in der Pfalz wird davon gemunkelt, daß die aktiv gedienten Mannschaften der Feuerwehr auf Verlangen der Besatzungsbehörde jetzt wahrhaftig aus dem Dienst entlassen werden sollen — wonach zu urteilen die Franzosen also in der Tat eine Sache mit blutigem Ernst zu behandeln für richtig finden, die allenfalls als schlechter Scherz unter den vielen Besatzungsgerichten passieren könnte, mit denen die Franzosen sich auf Kosten deutscher Menschen bei uns die Zeit vertreiben.

Immerhin, etwa als Kurzwahl wird man ja schließlich den Angehörigen von Besatzungsformationen, die vielleicht ungleich lieber den Winter in Paris als unter den widerwärtigen „Sunnen“ verleben möchten, bewilligen können. Aber wenn nun der Berliner Vertreter eines großen Pariser Blattes von der Silberkernkraft in der Reichshauptstadt eine Schilderung entwirft, im Vergleich mit der in Sodom und Gomorra biblischen Angedenkens geradezu vorbildliche Sitten herrschen haben müssen, so werden wir darüber denn doch wohl einmal die Geduld verlieren dürfen. Daß unsere braven Berliner in dieser einen Nacht 15 Millionen Pfaffen Wein, 9 Millionen Pfaffenfuchen und 2 Millionen Karpfen in Vier verzehrt haben sollen, werden zwar auch die allerhand Schlemmereien durchaus nicht abgeneigten Pariser gewiß als eine handbüchene Übertreibung erkannt haben. Wenn aber dann noch den Berliner Frauen nachgesagt wird, daß sie unter der Wirkung solchen echt germanischen Prassertums sich einer ungläublichen öffentlichen Schamlosigkeit überlassen hätten, vor der einem sittenstrengen Franzosen nur die Feder aus der Hand sinken könne, so hört bei so beschaffener Vöbelhaftigkeit schließlich jeder Spaß auf. Gar keine Frage, ein Deutscher, der sich einfallen ließe, das französische Volk oder auch nur die Pariser Frauen in ähnlicher Weise zu beschimpfen, würde schon am Tage darauf die Tür der

## Reichsregierung gegen Reichsrat

### Keine Abstriche im Seeresetat.

Beibehaltung des Panzerschiffbaues.

Bei den Beratungen über den Haushaltsvoranschlag für 1928 hat der Reichsrat bekanntlich eine Reihe von Abstrichen im Seeres- und Marineetat gemacht, dafür aber andere Posten zu allgemeinen Zwecken eingesetzt. Die Abstriche des Reichsrats betragen etwa 6 1/2 Millionen. Als besonders unwichtig wurden dabei angesehen die Beträge für Neubau von Munitionsräumen und für den Beginn eines Panzerschiffbaues. Damit ist die Reichsregierung nicht einverstanden und sie will dem Reichsrat neben dem vom Reichsrat formulierten Anschlag ihre ursprüngliche Auffassung vorlegen, also die Summen für Seeresausgaben erneut verlangen. Der Reichsrat hat sich somit mit einer Doppelvorlage bei den Etatberatungen zu befassen.

Der Reichsrat hatte gestrichen: 1 Million Mark für Unterhaltung der Waffen, 1,46 Millionen für Munition und Munitionsgüter, 0,67 Millionen für Seeresgerät, 0,42 Millionen für Kraftfahrzeugbetrieb, 0,36 Millionen für Nachrichtengerät, 200 000 Mark für Bauten auf Truppenübungsplätzen, 150 000 Mark für Munitionsunterbringungsräume, 500 000 Mark für Artilleriemunition, 100 000 Mark für Befestigungsanlagen, 100 000 Mark für Aufschwimmung des Nachrichtengeräts. Die Hauptsumme aber

französischen Republik von draußen zumachen müssen, und es wäre sehr schwer, gegen einen so wohlverdienten Denkfleisch etwas Durchschlagendes vorzubringen. Bei uns wird man bestenfalls Entschuldigungen verlangen für etwas, was unter gar keinen Umständen zu entschuldigen ist, und sich zufrieden geben, wenn sie gnädigst zugehört werden. Und wird das nächste Mal wieder mit ernsthafter Miene darauf eingegangen, wenn eben dieser Franzose uns mit moralischen Vorhaltungen kommen wird über das, was wir zu tun oder zu lassen haben, um mit einem so hoch zivilisierten und den Frieden und die Kultur so über alles liebenden Volk wie den Franzosen in Ruhe und Freundschaft zu leben.

Man wüßte in diesen Dingen eigentlich bei den Amerikanern in die Jahre gehen. Amerikaner waren bei der Verächtlichkeit ihrer politischen Methoden. Heute verstehen sie es, einen diplomatischen Meisterstück wie Herrn Briand glänzend abzuführen, ohne sich dabei auch nur der feinsten Sünde wider den heiligen Geist internationaler Verhandlungsbücherei schuldig zu machen. Den Nicht-wieder-Krieg-Vorschlag, mit dem Paris sie aus gewiß nichts weniger als selbstlosen Motiven für die Genfer Friedenspolitik einzufangen suchte, haben sie mit Gegenfragen pariert, die den guten Franzosen einiges Blut in die Wangen getrieben haben. Während, so jammern sie jetzt, Frankreich im Sinn hätte, Amerika durch den neuesten Vorkriegsgedanken des Herrn Briand indirekt nach Genf zu führen, bedeuete die Antwort des Staatssekretärs Kellogg nichts anderes als die Torpedierung des Völkerverbundes. Die Vereinigten Staaten wollten sich offenbar auf ihrem eigenen Kontinent durchaus frei halten von irgendwelchen Verpflichtungen, während sie den europäischen Mächten Pfaffen anzulegen wünschten, die den Genfer Abmachungen entgegenstehen.

Ja, so geht es, wenn ein ungeübter Spieler glaubt, es mit weniger scharfsichtigen Gegenspielern zu tun zu haben. Die Amerikaner wissen ganz gut, daß die Franzosen, wenn sie vom Frieden reden, an die Kriegesfälle denken, die sie an Washington zu bezahlen haben, und möchten nicht noch ein zweites Mal von ihnen über den Köpfen dardielt werden. In diesen Dingen verstehen sie keinen Spaß, am wenigsten gegenüber den Franzosen, die gute Lehren immer nur für andere Völker bereit halten, für sich aber und ihre Vasallen rund um Deutschland herum nur ein Mittel der Selbsterhaltung kennen: bis an die Zähne bewaffnet allen Möglichkeiten der Zukunft entgegenzuharren!

Dr. Sp.

## Deutschlands Verschuldung an das Ausland

10 Milliarden Schulden, 3 Milliarden Guthaben.

Das Statistische Reichsamt veröffentlicht die Ergebnisse seiner Untersuchungen über das deutsche Schuldner- und Gläubigerverhältnis zum Auslande. Nicht berücksichtigt, weil nicht erfassbar, sind in dieser Aufstellung die ausländischen Kapitalanlagen in Form von Aktien und Grundbesitzvermögen und in Form von Beteiligungen an deutschen Unternehmen. Auch hier handelt es sich nach Schätzungen des Reichsamtes um nicht unbedeutende Beträge, die für die Zahlungsbilanz von ebensolcher Bedeutung sind wie Anleihen und Kredite.

Das Reichsamt kommt auf eine erfassbare Gesamtverschuldung von 8,8 bis 9,3 Milliarden Mark (ohne die Dawes-Anleihe von 500 Millionen Mark). Davon entfallen 4,1 Milliarden auf langfristige, 0,1 Milliarden auf kurzfristige Anleihen, 4,5 bis 5 Milliarden auf kurzfristige Kredite (Warenkredite usw.). Von den langfristigen Schulden entfällt fast die Hälfte auf die öffentliche Hand.

Von den industriellen Unternehmungen hat sich hauptsächlich die Schwerindustrie an das Ausland verschuldet, während zum Beispiel Industriezweige wie die chemische und

wurde abgesetzt mit der ersten Rate für den Neubau des Panzerschiffes A im Gesamtbetrag von 9,3 Millionen.

### Gegengründe der Regierung.

In einer Begründung, welche die Reichsregierung dem Reichsrat bei ihrem Verlangen nach Wiederherstellung unterbreitet, wird ausgeführt, die Senkung der Mittel für den Neubau von Munitionsräumen würde die sachgemäße Lagerung der Munitionsvorräte aller Art äußerst schwierig gestalten und außerdem mit einer erheblichen Gefährdung der Allgemeinheit verbunden sein. Die Einschränkung der Mittel für Bauten auf den Truppenübungsplätzen würde die bringen notwendige Verbesserung der Unterkunft der Infanterie und Mannschaften während der anstrengenden Ausbildungszeiten auf den Truppenübungsplätzen verhindern.

Auch in bezug auf das Panzerschiff hält die Reichsregierung die Wiederherstellung für notwendig, weil der Ersatz der überalterten Einleckschiffe zur Aufrechterhaltung des aus dem Friedensverträge zugehenden bescheidenen Maßes an Verteidigung unbedingt erforderlich sei. Wörtlich heißt es: Die Panzerschiffe bilden das Rückgrat der Verteidigung zur See. Ohne sie ist die Abwehr einer Blockade selbst kleinerer Seemächte, die Verteidigung der Seehandelswege und der ungeschützten Küstenstrecke sowie die Sicherung der Verbindung mit Ostpreußen nicht durchführbar. Weiter heißt es, die Streichung der ersten Rate bedeute die sofortige Krise für die deutschen Kriegsschiffwerften und ihre Arbeiterschaft, in erster Linie für die Werft Kiel, dann für die Marinewerft Wilhelmshaven, bei der sehr starke Entlassungen nach Ausführung der gegenwärtigen Schiffbauten vorzunehmen sein würden.

Die Textilindustrie mit nur 13,5 bzw. 24,9 Millionen Mark Auslandsschulden belastet sind. Der deutschen Verschuldung stehen auch deutsche Forderungen an das Ausland (hauptsächlich Warenkredite) in Höhe von 2,7 bis 3 Milliarden Mark gegenüber. Die deutsche Zinslast aus der Auslandsschuldung wird vom Statistischen Reichsamt auf 480 Millionen Mark (ohne die Zinsen für die Dawes-Anleihe) geschätzt, denen Zinsforderungen in Höhe von 75 Millionen Mark gegenüberstehen.

## Wieviel Militärrenten werden gezahlt?

Aus dem Reichshaushaltspplan für 1928.  
Über die Zahl der Militärrentenempfänger im Deutschen Reich im Jahre 1928 finden sich im vorliegenden neuen Haushaltsplan folgende nähere Angaben:

An Kriegsbeschädigten und Altrentnern kommen 785 000 Personen in Frage. Darunter sind in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert um 30 Prozent 300 000, um 40 Prozent 120 750, um 50 Prozent 132 750, um 60 Prozent 67 500, um 70 Prozent 56 250, um 80 Prozent 27 750, um 90 Prozent 5250, um mehr als 90 Prozent 39 750. Dazu kommen noch 45 000 Kapitulanten ohne Dienstbeschädigung. Unter diesen Kriegsbeschädigten und Altrentnern beziehen 630 000 die einfache Ausgleichszulage, 9000 die einfache Pflegezulage, 5000 die erhöhte und 3400 die höchste Pflegezulage. Weiter befinden sich darunter 1800 Kriegsblinde, die einen Führerhund haben. Insgesamt erfordern die Kriegsbeschädigten und Altrentner einen Geldbetrag von 333,5 Millionen Mark, dazu kommen noch 300 000 Mark an Renten für die Angehörigen der neuen Wehrmacht. Von den Witwen beziehen Militärrenten insgesamt 375 000 Frauen, darunter 23 000 40 Prozent der Vollrente, 222 000 50 Prozent der Vollrente, 115 000 60 Prozent der Vollrente und 15 000 die Witwenbeihilfe. 5000 Witwen werden voraussichtlich infolge der Wiederberufung im Jahre 1928 die einmalige Abfindung beziehen. An Waisa werden aufgezählt insgesamt 780 000, und zwar 720 000 Halbwaisen, 50 000 Vollwaisen und 10 000 Waisen, die die Waisenbeihilfe erhalten. An Eltern beziehen Renten insgesamt 232 000, und zwar 150 000 Elternrente, 65 000 Elternpaare und 17 000, die Elternbeihilfe beziehen. Der notwendige Geldbetrag beläuft sich auf 394 Millionen Mark für Witwen, Waisen und Eltern.

Etwa 800 ehemalige Reichswehrangehörige, die zu versorgen sind, sind in dieser Zahl der Versorgungsberechtigten nicht enthalten.

Zur Gewährung von Beihilfen an hilfbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Kriege 1870/71 und aus früheren Feldzügen sowie des Grabenrentenjahres an die Witwen verstorbenen Beihilfenempfänger sind im neuen Haushalt 30 Millionen Mark in Voranschlag gebracht worden. Es handelt sich hier insgesamt um rund 66 000 Empfänger.

## Zentrum und Reichsschulgesetz.

Eine Rede des Abgeordneten Guérard.

Auf dem Zentrumsparteitag der rheinischen Zentrumsgruppe des Regierungsbezirks Koblenz erklärte der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, von Guérard, daß das Zentrum von den bekannten Forderungen zum Reichsschulgesetz nicht zurücktreten werde. Es sei möglich, daß die Regierungskoalition bei dieser Frage in die Brüche gehe. Das Zentrum könne und dürfe sich aber von den Sozialisten und Kommunisten kein Schulgesetz diktieren lassen. Zur Frage der Standesherrn bemerzte Abg. von Guérard, daß diese auf Grund von Reichstaxten eine volle Aufwertung ihrer Vermögen beanspruchten. Es wäre ein Verbrechen am Volke, diesen Forderungen zu entsprechen, da die meisten deutschen Staatsbürger um ihr Vermögen gekommen seien und jedem nur eine Aufwertung in beschränkter Maße zuteil werden könne. Er habe die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes durch die Regierung verlangt. Wenn dieses Gesetz nicht mit Zweidrittelmehrheit angenommen werden sollte, müsse das deutsche Volk durch einen Entscheid sein Recht fordern.